

Cübeiter Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Cübeiter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags sauber an Sonn- und Feiertagen und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, und die Post zu beziehen — Abonnementssatz, einschließlich der Unterhaltungsbeiträge „Die Rote Welt“, vierjährlich 200 M., monatlich 70 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 224

Die Auszeitungsgebühr beträgt für die sechzehnmalige Veröffentlichung oder deren Kürze 20 Pf., Verfassungs-, Arbeits- und Wohnungsmäßig 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 2 U. Vormittag eingehen, erhöhte Frist, in der Expedition eingeschoben werden.

Nr. 74.

Dienstag, den 28. März 1916.

23. Jahrg.

Die Parteispaltung.

Der unerhörte Vorgang, der sich am verschossenen Freitag innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abspielte, beschäftigt die gesamte Presse auf das lebhafteste. Mit wenigen Ausnahmen verurteilt die Parteipresse das Verhalten der Parteizersplitterer auf das schärfste, während die bürgerlichen Blätter zum größten Teil mit hämischer Schadenfreude von dieser Selbstzerstörung der bisher stärksten Fraktion des Reichstages Notiz nehmen. Diese Vorgänge sind Wasser auf ihre und die Mühlen der Kriegsheizer und Scharfmacher. Denn wie wir schon am Sonnabend bestonten, bedeutet diese Abspaltung der achtzehn „Arbeitsgemeinschaftler“ von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nichts anderes als den Anfang der Parteispaltung. Und auf diese Spaltung ist es wußt hingearbeitet worden. Das geht schon daraus hervor, daß es sich bei dem Vorfall am 24. März im Reichstage um einen wohl vorbereiteten Plan handelte, dessen Geheimhaltung gegenüber der Fraktion beschlossene Sache unter den 18 war.

Das erhebt aber weiter aus zwei anderen Tatsachen.

Die „Bremische Bürgerzeitung“ veröffentlichte am Mittwoch einige Presstimmen, darunter die folgende:

„Seit einigen Wochen gibt es im preußischen Abgeordnetenhaus fast jeden Tag eine Standalone anlässlich einer Rede von Liebknecht, Stöber oder Wolf Hoffmann. Eine Abspaltung seitens der bürgerlichen Mehrheit liegt nicht vor, im Gegensatz zu früheren Zeiten läuft sie jetzt im preußischen Abgeordnetenhaus unserer Genossen weitestgehende Redefreiheit. Ergebene Widerstände auf die Wollmassen auch in Preußen haben diese Reden bisher nicht gemacht. Wenigstens hat sich davon öffentlich nicht das mindeste bemerkbar gemacht. Geändert und verbessert hat sich durch diese Reden erst recht nichts. Es bleibt also von diesen Reden bloß ein müdes Geschnüpf übrig, das dem gefallen wird, der Schimpfen unter dem Schutze der Immunität für eine Heldentat hält, jeden anderen aber abschlägt. Leider ist die Partei bis zum ersten Friedensparteitag ohne jedes Mittel, sich gegen den Widerstand des Mandates durch einzelne Abgeordnete zu schützen.“

Hierzu bemerkte die „Bremische Bürgerzeitung“:

„Die Gegenseite in der Auffassung über das, was man „Sozialdemokrat“ nennt, können nicht schärfer gekennzeichnet werden, als durch diese Urteile. Es hat keinen Sinn, sich darüber aufzuregen. Nur die klare Einsicht kann da helfen, daß wir uns nicht mehr verstehen und daß wir nicht mehr zusammengehören.“

Das ist doch gewiß deutlich genug. Wem nur aber noch nicht die Augen geöffnet sein sollten, der beachte folgende Auslassungen des „Braunschweiger Volksfeinds“, der in einer Polemik gegen unser Hamburger Parteiblatt u. a. schrieb:

„Unsere Stellung zur Steuerfrage deckt sich nicht mit der im Namen der sozialdemokratischen Fraktion von dem Abg. Kell dargelegten. Wir sind, wie schon früher angedeutet, für Ablehnung aller Steuern, direkt wie indirekt, aus denen die Kriegsführung gespeist und das im Kriege bestehende Regierungssystem unterhalten wird.“

Dem „Hamburger Echo“ gegenüber, das diese unsere Stellungnahme, wie die in anderen Fragen, für eine rein persönliche zu halten scheint, sei bemerk't, daß es sich irri-

te. Der hier vertretene Standpunkt zur Steuerfrage ist der der Opposition, die sich um die Zeitschrift „Die Internationale“ gruppirt und die sich in den Letztfolgen der „Spartakusbriebe“ ihr taktisches und prinzipielles Programm gegeben hat.

Eine aus allen Teilen des Reiches bestehende Konferenz dieses entzündlichen Flügels der Opposition, die in den letzten Tagen stattfand, hat sich einmäig zu diesem Standpunkt in der Steuerfrage bekannt.

Nebenbei sei bemerk't, daß die Angaben über die Gruppierung der Minderheit, die fürstlich die Runde durch die Parteipresse machten, die furiosesten Quodlibetos enthalten.

Schließlich sei betont, daß die Opposition der bezeichneten Auffassung sich durch nichts gebunden erachtet als durch ihr eigenes taktisches Programm, das die Anwendung der sozialistischen Prinzipien auf die Fragen der Zeit darstellt.

Hier wird also offen und ehrlich zugegeben, daß man bereits ein eigenes taktisches Programm und daß eine Konferenz des „entzündlichen Flügels der Opposition“, zu denen auch „Arbeitsgemeinschaftler“ gehören, getagt hat. Also bereits vor der Parteispaltung ist zielbewußt und planmäßig auf die Parteispaltung hingearbeitet worden.

So bedauerlich und betrüblich die Herstellung dieser Tatsache ist — sie mußte erfolgen, damit die Parteigenossen weißt erkennen, was ist und was nicht auf eine Seite, für die Arbeitersbewegung äußerst gefährliche Bahn bringen läßt.

Wir hoffen, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft in einem Interesse es ablehnen wird den Parteizersplitterern zu folgen. Sie wird und muß hochhalten, was einzelne

ihrer Führer schmählich durchbrochen haben: Die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei!

Wir lassen nun nachstehend zur Information unserer Leser einige Neuerscheinungen der Parteipresse folgen und behalten uns vor, auf einzelne derselben noch zurückzukommen.

Vorwärts:

„Innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich damit jene Spaltung auch äußerlich vollzogen, die innerlich längst vorhanden war. Es ist damit das eingetreten, was nach der Tiere der Meinungsgegensätze und vollends nach den Szenen des gestrigen Tages unvermeidlich war. Mehrheit und Minderheit werden nunmehr ungetrennt durch die bisherigen Reihungen ihre besonderen Ausschüttungen verteilen können. Die Parteitage der Zukunft und die Geschichte aber werden zu entscheiden haben, welche Gruppe die Gebote der Zeit und die Pflichten des Proletariats richtig erkannt hat — Mehrheit oder Minderheit.“

In einer Parteispaltung glauben wir heute so wenig wie nach den Vorgängen des 21. Dezember. Die Parteienheit erwacht aus der gesellschaftlichen Notwendigkeit des proletarischen Kampfes und der unvermeidlichen Kraft der sozialistischen Ideen, die alle aus dem Boden der sozialdemokratischen Grundidee stehenden Elemente mit unwiderstehlicher Kraft wieder zusammenführen wird, sobald die Frei und Wissen dieser Kriegszeit überwunden sein werden.

Die frastolle organisierte und ideelle Einheit der Partei wird aber um so eher zurücktreten, je rascher sich die Klärung der Geister zu vollziehen vermag. Sache aller in Wahrheit um die innere Einheit und die frastolle Wahrung der Lebensinteressen besorgten Elterns aber wird es jetzt mehr denn je sein, alles die politischen Kernfragen und deren Erörterung überwuchernde kleinliche Gegensätze herunterzuholen und die Meinungsgegensätze in unbekritischem Erkenntnisdrang gewissenhaft zu prüfen.“

„Leipziger Volkszeitung“:

„Die Entscheidung ist gefallen. Wir haben jetzt zwei sozialdemokratische Fraktionen. Zwischen beiden aber stehen 25 Abgeordnete, die noch unentschieden sind. Wir hoffen, daß sie bald den Weg zur Minderheit der 18 finden werden. Das Proletariat braucht volle Klärung. Es wird heißen: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich.“

Die Entscheidung ist gefallen. Künftig kann die Minderheit ungehindert durch die Jässeln, die ihr die Gemeinschaft mit der Mehrheit immer noch auferlegt, ohne überflüssige Energie verzehrende Reihungen ihre grundsätzliche sozialistische Politik im Reichstage energisch vertreten. Dach sie es tut, fordert ein großer, vielleicht der größere und stetig wachsende Teil der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands. Dach die Minderheit es kann, dieses Ergebnis der Scheidung begrüßen wir.“

Wie sie auf die Partei, auf ihre Organisation wirken wird, wird erst die große Auseinandersetzung zeigen, die nach dem Kriege eintritt. Wir hoffen und wir arbeiten dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft die Einheit ihrer Bewegung gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion zu wahren wissen wird.“

„Hamburger Echo“:

Festgestellt muß werden, daß die Minderheit mit voller Absicht auf die Zerstörung der Fraktionsgemeinschaft hingewirkt und sie jetzt erreicht hat. Auf sie fällt die ganze Verantwortung für die Folgen, die dieses unselige Tun für die Partei und für die ganze Arbeiterbewegung haben wird. Welcher Art diese Folgen sein werden, läßt sich heute noch nicht abhängen. Wer den Kuchen von diesem parteizerrüttenden Treiben haben wird, kann man aber an der Freude der Segner der Sozialdemokratie über die Vorgänge ermessen. Wir hoffen aber, daß sie sich zu früh gestreut haben, daß der gehende Sirk der Parteigenossen im Lände und den ganzen Arbeiterschaft sich entschieden gegen die Parteizerrüttner aussöhnen wird, eingedenkt der Tatsache, daß das schwadische Treiben gezeigt ist, die Kraft der Arbeiterschaft zu schwächen gerade in dem Zeitpunkt, wo sie ihrer ganzen Kraft am notwendigsten bedarf, um ihre eigene Zukunft aufzuteilen.“

„Niederrheinische Arbeiterzeitung“ (Düsseldorf):

„Diese Tat ist eine Etappe auf dem Wege zur notwendigen Klärung der verworrenen Situation innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Wir begrüßen den Schritt und bedauern nur, daß er nicht schon länger erfolgt ist.“

„Breslauer Volksmacht“:

„Das wäre also streng genommen eine dritte „Arbeitsgemeinschaft“, denn neben der eigentlichen Reichstagsfraktion existiert schon die „Arbeitsgemeinschaft Liebknecht-Kühne“, die zu diesen 18 nicht gehört, sie im Gegenteil in ihren Spartakusbrieften beständig anführt. Man müßte annehmen, daß zu dieser allerschärfsten Konfrontation beide und herzlich auf offener Weise gegeneinander treten würden, denn sie gehören zu ihr. Die Liebknecht-Fraktion macht der Arbeitsgemeinschaft der 18 die schwersten Vorwürfe der Falschheit. Sie meint, daß man nicht wie Schwarz die Kriegsrede ablehnen, aber selber Kriegsreden ziehen könne, daß man nicht wie Beyer die Kriegsbedingungen ablehnen und dem eigenen Sohn die Genehmigung zum freiwilligen Dienst geben dürfe, sie beschuldigt Beyer der Doppelzüngigkeit und trennt sich von Beyer in der elbstlohnungsfreien Frage wie in der Frage der Nationalverteidigung überaupt. Dabei wollen wir gar nicht von Beyer sein, und von der Tatsache, daß er am 1. August wie Ottmann ein begeisterter Anhänger der Kriegsbefreiung war. Was kann man nicht einmal behaupten, denn die Arbeitsgemeinschaft der 18 eine Klarung der Quelle innerhalb der Partei eingezogen ist.“

„Münchener Post“:

„Das Ausstreichen der 18 ist ein Haie bedeutet nun noch keineswegs eine Spaltung der Partei. Es bedeutet, darin gehen wir dem „Vorwärts“ recht, eine größere Bewegungsfreiheit für mögliche, verständige und wirtschaftlich grundäßliche Arbeit der Minderheit. Die 18 dagegen — und darin stehen wir im Gegensatz zur Auffassung des „Vorwärts“ — haben durch die ganze Art ihres taktischen Vorgehens den „Vorwärts“ leichterfülliger Parteiduldung aus ungezügelter Leidenschaft für immer auf sich geladen.“

„Frankfurter Tagepost“:

„Mit tiejem Schmerze wird man in der deutschen Sozialdemokratie den Austritt von 18 Abgeordneten aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion empfinden. Was durch 11 Jahre in der Sozialdemokratie unerhört war, daß Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten sprechen und stimmen, es ist am 21. Dezember 1915 zum ersten Male in Erfüllung getreten, als zum 10-Milliardenkredit der Abgeordnete Beyer für sich und 18 seiner Fraktionskollegen eine selbständige Erklärung erließ neben der ihm beigegebenen Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion vom Genossen Ebert abgegeben. Was aber gestern geschehen ist, die Bildung einer eigenen sozialdemokratischen Minderheitsfraktion einerseits neben der Reichstagsfraktion, andererseits neben den Genossen Liebknecht und Kühne, ist noch weit verhängnisvoller. ... So groß und folgenreich hat die sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht gehabt. So stark auch die Rücksichten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie auseinanderstreben, so gibt es doch noch vieles Gemeinsame, erwachsen aus Jahrzehntelangem Zusammenwirken aus zahlreichen Gemeinschaften für die Arbeiterschaft in Gegenwart und in Zukunft. Aber sowohl in der Leitung der Partei als in der Fraktion des Reichstages, wie in der sozialdemokratischen Presse vermählt man die Segnung, den Eifer für das Zukunftsmachen und für die Überwindung der persönlichen Eigentümer und politischen Liedhaberei, durch das höhere und sozialistische, durch die machtvolle Geschlossenheit. Rethaberei und Stangel an Kameradschaft kennzeichnen heute diese Partei. Wir wollen klarere Worte vermeiden, kommt es uns doch schwer genug an, diese wiederzusprechen.“

„Dresdner Volkszeitung“:

„Mit größtem Bedauern muß es ausgesprochen werden: daß Austritt Haase und der Seinen in der letzten Reichstagsbildung ist, gewiß nicht der Absicht nach, aber in der unausbleiblichen Wirkung nur allzu sehr geeignet, die Erobерungspläne des germanischen Auslandes zu verstärken und die Verlängerung des jahrelangen Krieges herbeizuführen. Wir klagen Haase und die Seinen an, daß sie in ihrer falschen Verblendung sich aufs allerhöchste an Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes verändigen. Sie versündigen sich aber auch im besondern an unserer Partei, an der deutschen Arbeiterbewegung. Sie haben alle Mahnungen, die so bitter nötige Einheit der Partei zu wahren, in den Wind geschlagen. Sie haben die unerhörte Tat vollbracht, gerade in dieser schweren Zeit unsere Freunde zu verwirren, unsere Streikkräfte zu schwächen, den inneren Parteitreit zur Siedelhölle zu sorgen. Den Vorteil davon haben nur die schlimmsten Gegner der Arbeiterschaft, Kapital und Reaktion. Es bleibt nur die eine Hoffnung, daß aus den Reihen der Arbeiterschaft die Befreiung der Partei wieder herbeigeführt werden wird. Möge der Erfolgungsprozeß bald und gründlich eingesetzt.“

„Volksstimme“ (Magdeburg):

„Noch ist es Zeit! Noch können die Parteigenossen im Lande die Abtrünnigen zur Ordnung rufen und den von ihnen ins Parlament gefanderten Vertretern das Gewissen schärfen, damit die 18 nicht noch weitere Gefolgschaft finden. Rüngsum im Lande möglicher Monaten das politische Horn für unsere Schwestern. Soll es bis die Zeit der Freiheit kommt, auf dem Halse verderben, weil die Schiffer vor lauter Streitens nicht Zeit finden, ihre Pflicht zu erfüllen?“

„Hannoverscher Volksville“:

„In einer Zeit, in der das deutsche Volk, von zahlreichen und mächtigen Feinden umringt, einen Kampf um sein Leben, um seine Zukunft führt — in einer Zeit, in der Millionen von Deutschen in den Schützengräben und daher die Schrecken des Weltkrieges über sich ergehen lassen müssen, das Blut der besten jungen Männer in Strömen fließt, um die Daseinsbedürfnisse der dem Kaiserreich, vor dem Einbruch der feindlichen Söldner in das geliebte Vaterland, vor dem Zusammenbruch der sozialen und opferreiche Arbeit eines Menschenalters erzeugten Kulturgüter zu schützen, finden Deutsche, finden sozialdemokratische Abtrünnige den Verlobungswert. Nur im Kriege eine Scene aufzuführen, wie sie häufiger nicht auszuführen ist — eine Scene, die aus neuer Waffe auf die Deutschen und die Daseinsbedürfnisse der dem Kaiserreich, vor dem Einbruch der feindlichen Söldner in das geliebte Vaterland, vor dem Zusammenbruch der sozialen und opferreiche Arbeit eines Menschenalters erzeugten Kulturgüter zu schützen, finden Deutsche, finden sozialdemokratische Abtrünnige den Verlobungswert.“

„Freie Presse“ (Elberfeld):

„Wir haben die vorjährige Kriegsbefreiung bezurteilt, wir verurteilten noch später diejenige zum Krieg und die bestehende zum Gefecht. Wer die Verhältnisse mit sozialdemokratischen Augen betrachtet, wird uns Recht geben. Darauf freuen wir den Standpunkt der Minderheit vollständig und mit Zuversicht, daß die Mehrheit ihr wiederum vertraut hat, eine Befreiung irgendwelcher parlamentarischer Ereignisse, wenn er wortwürdig ist, war bestätigt.“

Deutsche Unterseeboote im Nermekanal.

Eine ganze Reihe von meldungen liegen vor über die Aktionen der deutschen Flotte in den letzten Tagen. So wird aus Holland berichtet, daß deutsche Unterseeboote wiederum in unmittelbarer Nähe des Hafens von Havre waren und nicht mehr als zweihundert Meter vom Hafen entfernt Schiffe in den Grund gehobt haben. Weiter meldet der Kapitän eines in Amsterdam angelommnenen Frachtnahms, man habe gesehen, wie unter der englischen Küste ein englischer Fischdampfer, der als Minenfänger tätig war, in die Luft gesprengt ist. Das Erscheinen deutscher Unterseeboote im Kanal und die Torpedierung von Schiffen dort erregt in Havre das größte größte Aufsehen. Der Stadtrat von Havre ersuchte die französische Regierung, sofort Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

Auf der Strecke Dieppe-Newhaven sind die U-Boote gefahren bis auf Gegenbefehl völlig unterbrochen. Man hofft die Reisenden und die Güter auf dem Wege Havre-Southampton befördern zu können.

Versenkte Schiffe.

London meldet: Der englische Dampfer „Sant Lucia“ wurde versenkt; die Besatzung ist gerettet worden. — Der französische Dampfer „Hébe“, 1494 Tonnen, wurde versenkt. Von 18 Mann der Besatzung wurden 10 gelandet; der Rest dürfte von einem vorüberschreitenden britischen Dampfer aufgenommen worden sein. — Der britische Dampfer „Arne“ wurde versenkt. Die aus 6 Offizieren und 17 Mann bestehende Besatzung wurde gelandet. Ferner wurde der britische Fisch-Dampfer „Kartoum“ aus Hull versenkt. Zwei Überlebende wurden aufgefischt; man glaubt, daß die übrigen neun Mann der Besatzung ertrunken sind.

Weiter bestätigt die Nachricht, daß der britische Dampfer „Minneapolis“ der Atlantic Transport Company, 13 543 Brutto-Registertonnen groß, am 25. März im Mittelmeer versenkt wurde. Elf Personen fanden den Tod, davon waren zehn Engländer.

Nach einer Bakaresier Meldung wurde der unter persischer Flagge fahrende Transportdampfer „Turkestan“ auf der Fahrt von Mengalia nach Konstantinopel von einem russischen Schiff versenkt.

Zu dem Untergang des französischen Postdampfers „Suisse“

werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Es waren 25 Amerikaner an Bord, von denen Sonntag noch 8 vermisst wurden. Im Hospital von Dover starben 3 Verwundete. Unter den Geretteten befinden sich 36 Engländer, 28 Franzosen, 21 Italiener, 12 Amerikaner, 45 Belgier, 6 Spanier und 2 Russen. Die Agence Havas meldet aus Dover, daß die Amerikaner große Entrüstung zeigten. Das „Journal des Debats“ sagt, man brauche sich keine Illusionen mehr zu machen über das, was man noch zu erwarten habe, da es einem deutschen Unterseeboot gelungen sei, die Linie Dieppe-Folkestone zu erreichen, die in einem Gebiet liege, für das die Alliierten bisher unbedingte Sicherheit hätten verbürgen können; der Unterseeboot-Krieg dürfe noch weitere grausame Überraschungen bringen.

Die amerikanische Botschaft in London teilt mit, daß alle Amerikaner vom Dampfer „Suisse“ gerettet und nur einige verwundet worden sind.

Spanien gegen bewaffnete Handelschiffe.

„L'Ordonnance“ meldet, daß der französische Dampfer „Transit“ mit einer bedeutenden Zuckerladung in Laredo (Spanisch-Moroko) angekommen sei, daß aber die spanischen Behörden den französischen Komul benachrichtigten, daß Schiff müsse innerhalb 24 Stunden wieder in See gehen, da es ein Geschütz zur Abwehr von Unterseebooten am Heck führe.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Japans Forderungen.

Wolff meldet aus New York: Doktor Shinao, der Vorsitz des japanischen Pressebüros für Ost und West, erklärte in einer Befragung der Nachrichten über Japans Forderungen nach freier Hand in China über die japanischen Drohungen, anderfalls ein Bündnis mit Deutschland zu schließen: „wenn England sich lauwarm gegenüber Japan zeige, so könne es geschehen, daß sich Japan jemandem anderem in die Arme werfe.“ Er erklärt, seine persönliche Meinung ausdrücken, wenn er sage, daß er die Leistungsfähigkeit und die deutschen Großstädte in ihrer Wissenschaft sehr bewundere. Japan sei tatsächlich auf der Seite Englands und war allerwege dem englisch-japanischen Bündnis treu.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 28. März.

Bei einheitlichen Opfergeist. Einer Korrespondenz entnehmen die Blätter eine Zeitschrift, in der erzählt wird, wie eine Dame in einem Gefäß jammerte, als sie keine Butter bekam, weil — man doch Spargel ohne Butter nicht essen könne. Auch durch vernünftiges Zureden, durch Hinweis auf die Strapazen unserer Soldaten habe sie sich nicht von ihrem Verhalten abringen lassen. Die Entrüstung über diese Frau ist sicherlich berechtigt. Spargel kann der, der ihn bezahlen kann, auch ohne Butter, mit einer schmachhaften Tasse oder als Spargelsoße essen.

Aber dann heißt es in der Zeitschrift weiter:

Es erinnert dies an die seitens zahlreicher Behörden ebenfalls festgestellte Tatsache, daß die industrielle Bevölkerung in zahlreichen Großstädten auch jetzt in dieser schweren Zeit nicht nur an das Fleisch, sondern auch an die Kartoffeln vielfach Anspröche in dem Sinne stellt, daß nicht nur bei Kartoffeln stets die gleiche vorzügliche Qualität beansprucht wird, in welcher sie in Friedenszeiten geleistet werden konnte, sondern daß bei Fleisch sogar tatsächlich heute in denjenigen Kreisen, in welchen durch die Kriegswirtschaft ja teilweise außerordentlich hohe Löhne und Einkommen erzielt werden, an die Güte des Fleisches noch höhere Anforderungen gestellt werden als sonst. Und eine plausible Illustration, wie sie drastischer kaum geschildert werden kann, bildet ja auch das oben angestellte Ergebnis, bei dem man sich nur fragt, wie solche Dinge überhaupt möglich sein können.

Die offizielle Korrespondenz hat recht, wenn sie daran hinweist, daß es tatsächlich Menschen gibt, die auch nicht das gezeugte von ihren Lebensgewohnheiten aufgeben. Spargel ohne Butter ist für sie unendbar. Natürlich können das nur Zentrale, die es dazu haben. Ein, der von seiner Hände Arbeit sich und seine Familie ernähren muß, kommt sich kaum in Friedenszeiten solche Genüsse leisten. Daraus ist es unzutreffend und ungern, die industrielle Bevölkerung der Großstädte mit ihren außerordentlich hohen Löhnen“ neben solche Dame zu stellen, die sich das Durchhalten nur bei Butter-Spargel vorstellen können. Wenn heute eine Frau ein helles Blund Kindstreich kostet für 1,20 Mark, so mag es schon vorkommen, daß sie gegen reichliche

Kuchenbeläge protestiert. Damit dürfte es in allgemeinem auch genug sein. Anders ist es mit den Kartoffeln. Die Frauen sind froh, wenn sie Kartoffeln bekommen. Es ist noch nicht vorgekommen, daß sie beim Einkauf geprüft und Bevorstandungen gemacht haben. Dabei sind uns Fälle mitgeteilt worden, wo bei äußerst genauer Feststellung sich ergeben hat, daß von Kartoffeln bis zu 25 Prozent ihres Kaufgewichts Absall in den Kartoffelerwerb wunderte.

Die Sorgen um zu hohe Ansprüche in diesen Kreisen sind sehr überflüssig. Die Redensart von den außerordentlich hohen Löhnen könnte auch wieder einmal auf ihre Beweislast nachgeprüft werden. Es gibt viele Arbeiter, die haben noch nichts von höherem Einkommen bemerkt.

Diese Verordnung für die Insel Syr ist erlassen der Stellvertretenden Kommandierenden General des 2. Armeekorps: Privatpersonen, welche das Dorf Lübeck und den Elbendamm betreten oder sich dort aufzuhalten bedürfen, müssen einer besonderen Erlaubnis der Inselkommandantur oder des Nordabschnittskommandanten, sofern sie dort nicht ihren Wohnsitz haben. Der Erlaubnischein ist Wachen, Posten und Patrouillen auf Verlangen auch bereits vor dem Betreten von Lübeck oder dem Elbendamm vorzuzeigen, wenn diese glauben, Grund zu der Annahme zu haben, daß die genannten Orte besetzt werden sollen. Zu widerhandlungen werden bestraft.

Erste Ereignisse

machen es jedem zur Pflicht, sich eine Tageszeitung zu halten, die ihn auf dem laufenden erhält und ihm zugleich Führer und Wegweiser ist. Der Arbeiter, der zu seinen Klassengenossen steht und gemeinsam mit ihnen für die Arbeiterinteressen eintritt, kann nur das Arbeiterblatt, den

„Lübecker Volksboten“ lesen. Fest auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundjüge stehend, hat der „Lübecker Volksbote“ in der Kriegszeit wie vorher seine Aufgaben erfüllt, soweit das unter den der Presse ausserlegten Beschränkungen nur möglich war.

Die Arbeiterfrauen, denen der Krieg so große Opfer aufzwingt, haben in der langen schweren Kriegszeit erkannt, daß nur die sozialdemokratische Presse sich ihrer uneingeschränkt annimmt. Sie erfüllen eine Ehrenpflicht und rüsten sich selber, wenn sie das Blatt bestellen, das ihnen stets gerne mit Rat und Tat zur Seite steht, den „Lübecker Volksboten“.

Die Mängel der Nahrungsmittelversorgung

werden von keinem Blatt mit solcher Entschiedenheit beleuchtet und bekämpft wie vom „Lübecker Volksboten“. Kein anderes Blatt führt mit demselben Nachdruck den Kampf für eine ausreichende Versorgung der Kriegerfamilien, wie der „Lübecker Volksbote“. Nach vielen Hunderten zählen die Fälle, wo Ratschende, die nicht Abonnenten unseres Blattes sind, sich in ihrer Not an den „Volksboten“ wenden und nicht vergeblich. Sie sollten sich klar darüber sein, daß wir noch mit weit mehr Erfolg wirken könnten, wenn sie, statt andere Blätter zu lesen,

den „Volksboten“ halten

Ereignisse von welthistorischer Bedeutung spielen sich auf den Schlachtfeldern und daheim ab. Eine neue Welt ist im Werden. Daß diese den Anforderungen der Arbeiterklasse mehr entspreche wie die alte, ist unser Verlangen. Durch bewußte, plannmäßige Tätigkeit muß das arbeitende Volk im Sinne der sozialdemokratischen Ideen auf die Geschehnisse einwirken.

Im Reichstag geht der Kampf um die neuen Steuern. Er wird an Schärfe noch bedeutend zunehmen, wenn es nach dem Krieg um die völlige Neuordnung des Finanzwesens geht. Der alte Kampf um die Verteilung der Kosten wird bei dem Riesendefizit des Reiches von größter Schärfe sein. Der „Lübecker Volksbote“ ist auch da für jede Arbeiterfamilie unentbehrlich. Sollen die Hoffnungen und Erwartungen bezüglich der Versorgung der Witwen, Waisen und Kriegsinvaliden nicht enttäuscht werden, so sind starke Willenskundgebungen notwendig, die im „Lübecker Volksboten“ ihren festesten Rückpunkt finden.

Das Sehnen nach baldigem Frieden

wird um so rascher erfüllt werden, je mehr das Volk sich um die Sozialdemokratie und ihre Presse schart. Der Arbeiter und die Arbeiterfrau dürfen nicht unbewußt gegenseitige Bestrebungen unterstützen.

Schafft den „Volksboten“ ins Zelt!

Unsere Gesinnungsgenossen draußen in den Schützengräben und auf den Etappen haben Verlangen nach ihm. Arbeiterfrauen! Bestellt den „Volksboten“ und schick ihn täglich, wenn ihr ihn gelesen habt, hinaus. Oder nehmt für ihn ein Feldpostabonnement, sie sind auch dankbar dafür.

Arbeiter! Werbt für euer Blatt, den „Lübecker Volksboten“. Führt ihm zum Quartsaltswechsel zahlreiche neue Leser zu. Der Abonnementpreis für den „Volksboten“ mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“ beträgt für den Monat 80 Pf. für das Quartal 2,40 M.

Richtiges Aprilwetter herrsche hier gestern nachmittag. Hagel, Schnee und Regen, dazwischen Sonnenschein und Sonnenchein, wechselten mit einander ab. Unzweckmäßig wird dem Winter in diesem Jahre des Scheiden besonders schwer.

Fahrendungen aus dem Zelt in die Heimat. Am Ende wird mitgeteilt: Zur Befestigung immer wieder austauschender Zweifel wird erneut darauf hingewiesen, daß den Angehörigen des Heeres die Möglichkeit gegeben ist, Päckchen in die Front zu schicken. Die Sendungen dürfen nur Verpflegungs-, Hausrat- und Gebrauchsgegenstände enthalten, die sich in rechtzeitigem Zustand der Abreise befinden und nicht im Postamt zum Zwecke der Befestigung angefaßt sind. Ähnliche Bestimmungen enthalten die in jedem Postamt ausgedruckten Parcourskarten über den Kurierpaket- und Briefträgerverkehr bei den Militärfelddepots.

Ein Schauspieler kam in der Nacht zum Sonntag im Warenlokal der Gründungs- und Vorlesungshandlung von Berg in

der Breitenstraße zum Ausbruch. Das ganze Warenhaus wurde schwer beschädigt, ebenso wurde ein großer Teil der dort gelagerten Waren vernichtet. Der Gesamtschaden ist erheblich.

Berlische Briefpost nach New York. über den teilweisen Verlust einer am 9. Dezember 1915 von Kopenhagen nach New York abgegangenen Briefpost sind der Handelskammer Mittelland, der ausgetragene, die in der Range der Handelskammer eingeschloßen werden können.

Hypothesenbewegung im Lübeckischen Staate. Die Hypothesenbewegung zeigt im Verwaltungsjahr 1913 (1. April 1913 bis 31. März 1914) nach Mitteilungen des Statistischen Amtes folgendes Bild:

Unterschriften	Zahl	Betrag
Neue Verpfändungen	1640	9 611 730
Lösungen	1317	5 174 554

Die hypothetische Belastung des lübeckischen Grundbesitzes hat also um 323 Posten und 4 497 176 M. zugenommen. Die Zahlen des Vorjahres waren mit 265 bzw. 4 485 000 M. annähernd ebenso groß. In der Mehrheit waren die Zahlungen mit 1,38 (0,74 im Vorjahr) und Privatpersonen mit 2,14 (3,02) Millionen Mark beteiligt, darüber lübeckische mit 1,15 bzw. 0,64 Millionen, das sind 88,3 % bzw. 30 % der Gesamtsumme. Im Gegensatz zum Vorjahr ist der Hypothekendarlehen beständig in sehr starkem Maße von auswärtigen Privatgläubigern bestreidigt worden, damit geben sie nur gegen 4,3 %, diesmal aber über 70 % der von privater Seite kommenden Hypothekengelder her. Hypothekenbriefe wurden im ganzen 776 über 6 098 009 M. ausgestellt, bei den Neubeginnen über 31,4 % (31,4 %) und bei den Umstellungen über 23,7 % (16,7 %) des ganzen in Frage kommenden Betrages. Der Zins ist in der Hypotheken drängte weiterhin nach oben: die Gelder, die mit weniger als 4,1 % zu verbinden waren, nahmen mit einer Zulassung ab und gingen insgesamt um 1 337 475 M. zurück. Die mit 4,1 % und höher verbindlichen nahmen dagegen ständig zu, am meisten die auf 4,5 und 5 % stehenden, nämlich um 2 594 736 M. (1 671 308 M.) bzw. 1 441 260 M. (2 518 259 M.) und alle mit 4,1 % und höher verbindlichen um 5 774 651 M. Was den Betrag der Grundstücke fürner betrifft, die ihr Eigentum höher belasteten, so entfielen von der Zunahme der hypothetischen Belastung 2,64 (2,80) Millionen Mark auf selbständige in Landwirtschaft, Industrie und Handel, darunter 0,70 (0,52) auf Landwirte und Gärtner, 0,63 (0,91) auf Maurer- und Zimmermeister und 0,46 auf Klein-Hausleute, ferner 0,31 (0,14) Millionen Mark auf Angestellte und freie Berufe, 0,39 (0,11) auf Rentner und 0,57 (0,84) auf Handelsgesellschaften und Firmen. Bemerkenswert ist die Abnahme bei den Bauhandwerkern. Die Gesamtbelaufung des lübeckischen Grund und Bodens stellte sich Ende März 1914 auf rund 241 Millionen M.

Gemüsebau und Kleintierzucht im Kriegsjahre 1916. Dem Gemüsebau gehörte auch in diesem Kriegsjahre das besondere Interesse aller landbaubetreibenden Bevölkerungskreise. Es ist die Pflicht eines jeden Grund- und Gartendiebels, der Schafe die höchsten Erträge abzuringen. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Gemüsegarten im Jahre 1916 nicht leer bleiben darf, daß vielleicht jeder nutzbare Winkel mit geeigneten Gemüsen bestellt werden muss. Wer Gemüse baut, dient vaterländischen Interessen; er sorgt für die Volksnahrung, die gegenwärtig in allen vaterländischen Kreisen gegenwärtiger Unterhaltung und Sorge ist. Aus demselben Grunde ist auch die Pflege der Kleintierzucht in diesem Jahre von großer Bedeutung. Die Vorteile brauchen nicht erst erwähnt zu werden, wenn Tier und nahrhaftes Fleisch im eigenen Betriebe gewonnen werden können. Wirtschaftliches Ruhen aber erzielt nur bei richtiger, der Gemüsebau und Kleintierzucht richtig durchgeführt. Misserfolge dürfen nicht eintreten und lassen sich auch durch Beachtung guter Anleitungen vermeiden. Solche wirklich praktische und leichtverständliche Anleitungen sind in der bekannten, dienlichen „Lehrer-Bibliothek“ enthalten. Die billigen Hefte für Gemüsebau und Kleintierzucht können durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. bezogen werden.

Die Lübecker Bäckereien bitten ihre Kunden, im vaterländischen Interesse beim Brotkauf Korb oder Platte mitzubringen, um Brot zu sparen.

Liebesgabenaktion. Wau schreibt uns: Die Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Liebesgaben, haben in der vergangenen Woche folgende Sendungen auf den Weg gebracht: Nach Altona 7 Kisten Lebensmittel, nach Königsberg 8 Kisten Lebensmittel, nach Berlin 2 Kisten Unterzug, außerdem 2 Postsendungen. Dem Verein ehemaliger Pioniere und dem Landeskriegerverband wurden großzügige Spenden überwiesen. Auch in der letzten Woche gingen leider nur ganz vereinzelt Gaben ein. Es gehen fortwährend von den Haushalten großen Anforderungen ein, denen die Abteilung nur in sehr bescheidenem Umfang entsprechen kann. Hoffentlich bedarf es nur dieser Anregung, um den Zustand von Gaben wieder in den Gang zu bringen. Gewünscht sind auch wie vor Spenden von Zigarren, Zigaretten, Tabak, Konfekt aller Art, Schokolade, Keks, Kotorin, Seife, Kerzen und Wollzeug. Annahme St. Annenstraße 2.

Böllstümliches Konzert. Das böllstümliche Konzert umfasst zwei Abteilungen, von denen die erste mit Mozart's „Don Juan“ und Beethovens „Coriolan-Ouverture“ und dem Triumf-Korpspiel und Höldens Liebestod von Wagner der Tragik in der Musik gewidmet ist. In der zweiten Abteilung des Abends kommt der Humor zu Wort. Siegfried Ochs' „Hamoresco über das Holländische kommt ein Vogel gesungen“, ist in den Konzerten oft gehört und seit mit Dank entgegengenommen. Neu ist ein musikalischer Scherz von Johann Strauss, „Perpetuum mobile“. Zu den selten aufgeführten Werken handelt es sich um die Abschiedsrede, die von sonnigem Humor erfüllte Sinfonie an den Fürsten Oberholz, als der Kapelle der gewohnte Urlaub entzogen werden sollte. Um den Humor des letzten Satzes genießen zu können, ist es notwendig, daß der Saal bei Aufführung der Sinfonie verdeckt wird.

pb. Geschäftliche Tiefe. Gewußt und festgenommen wurde ein Kellner aus Oldenburg und ein Kellner aus Kopenhagen, die in den beiden legtvorlosen Nächten Schatzkästenleibhaftig aufgeschnitten hatten. Den Tätern kann das Diebesgut fast vollständig wieder abgenommen und dem rechtmäßigen Eigentümer ausgehändigt werden.

pb. Gänselederstahl. Von einer Wiese des Hauses Bunteburg sind am Sonntag, dem 19. d. M., zwei Gänse und zwar eine weiße Gänse und eine weiße Gans mit grauen Federn gefangen worden.

pb. Was geschehenes Viehzaub. In letzter Zeit sind in Schleswig und in der Slesvianer Gegend mehrere Einbrüche diebstähnliche Ausmaße ausgeführt worden, wobei dem Täter dieses Kleiderdiebstahl und Nahrungsmittel, u. a. auch ein Revolver mit Patronen in die Hände fielen. Auch in Lübeck waren Gartenhäuser entbraucht und aus denselben viele Kleiderstücke wie Robenjacken usw., sowie auch ein großes Ferndrehl geschlossen. Dieses Ferndrehl wurde hier gestohlen von einer bekannten Händlerin in einem Geschäft am Klostergang angeboten. Durch Beamte der Polizei wurde der Täter ermittelt: Zur Befestigung immer wieder austauschender Zweifel wird erneut darauf hingewiesen, daß den Angehörigen des Heeres die Möglichkeit gegeben ist, Päckchen in die Front zu schicken. Die Sendungen dürfen nur Verpfleg

kantere Durchdringung der Wohnung der Händlerin scherte außer dem, von den bereits erwähnten Einbrüchen herstammenden Diebstahl, noch eine große Menge Bücher, Malereien, Kleidungsstücke, Geburts- und Steppendecke und Reisegegenstände wie auch einen großen Schloßschlüssel aufzugeben, die aus einem in den letzten Tagen ausgeführten Diebstahl in einer unbewohnten Villa in Travemünde stammten. Der Einbruch in diese Villa war so geschickt ausgeführt gewesen, daß er bisher von dem Haushüter nicht bemerkt worden war, und daher auch eine Anzeige nicht erfolgt war. Personen, die noch Sachdienliches mitteilen können, werden erlaubt, sich bei der Kriminal-Polizei, Schüsselbuden 16, einzufinden.

Sternburg. Billiges Rindfleisch kauften die biegsigen Einwohner in der vorigen Woche vom Hauswirt Heini. Wiesen erhalten. Eine von dessen Kühen hatte ein Bein gebrochen und mußte deshalb geschlachtet werden. Das gute Fleisch wurde von dem Eigentümer, der auch sein Millionat ist, für 80 Pf. pro Pfund verkauft, obwohl der jetzt geltende Preis dreimal so hoch ist. Dieses gute Beispiel sollte der gewissen Patrioten Nachahmung finden, die bisher immer nur auf ihren Profit bedacht waren.

Altina. Schwere Folgen eines ehelichen Streites. Die in der Breitenstraße wohnenden Eheleute Ploßlin erlebten Sonntag abend in heftigen Streit miteinander. Die Geister schienen aber einigermaßen befriedigt zu sein, als die Nacht einbrach. Während ihr Mann schlief, stand aber die Frau heimlich auf, vergriff sich ein Küchenmesser, stichte sich an das Bett ihres schlafenden Mannes und vertrieb ihm den Hals zu durchstechen. Nur dem Umstande, daß dieses Messer, wie es bei Küchenmessern der Fall zu sein pflegt, nicht sonderlich scharf war, hat es der Mann zu verdanken, daß er mit einer schweren Verletzung am Halse davonkam. Im übrigen hinderten Nachbarn, die auf das Häusgefeuer des meuchlings licherfallenen verbeigekommen waren, die rasende Frau an weiteren Täterschaften. Ein herbeigerauscher Schußmann sorgte für die Überführung des Verletzen ins Krankenhaus, während er die Frau in Haft abschaffte.

Lauenburg. Die Verfehlungen eines 17-jährigen Postauschafers bestätigten die Strafammer II des Altonaer Landgerichts. Der junge Mensch, der aus Groß-Berghain im Lauenburgischen gebürgt ist, wurde im vorigen Jahr vom Postamt in Lauenburg als Postauschaf erangestellt und durch Handschlag als Beamter (!) verpflichtet. Er soll um Postanweisungsgelder im Betrage von 194 Mk. unterstülpen, mehrere Nachnahmen eingespielt, die Beiträge aber nicht abgeführt und außerdem verschiedene Briefe unterschlagen haben. Der junge Mensch ist gesündigt. Er will 50 Mk. der unterstülpten Summe im Walde vergessen haben, die Stelle aber nicht angeben können. Das Gericht verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis, will ihn aber der beobachteten Befragung empfehlen.

Schleswig. Zwei Kinder durch Gasvergiftung umgekommen. Die Ehefrau des Innolden Petersen, der Gewerken im Kaufhaus liegt, hatte ihren Mann belustigt und ihre drei kleinen Kinder und ein kleines Mädchen einer Nachbarin, der Frau Hecht, in der Wohnung zurückgelassen. Als sie nach kaum 11 Minuten Abwesenheit zurückkam, lagen alle die Kinder in der Flucht auf der Erde. Sie hatten sich am Gasbahn zu schaffen gemacht und waren von dem austretenden Gas betäubt worden. Zwei Kinder waren tot, eines der Frau Petersen und das der Frau Hecht, deren Mann im Felde steht. Die beiden anderen Kinder zeigten noch Spuren vom Leben und wurden ins Krankenhaus gebracht, wo bis Sonntag mittag das eine Mädchen die Behandlung noch nicht wieder erlangt hatte. Der Knabe befindet sich unter Gefahr.

Am Grunde der Bundesstaatsverordnung vom 7. Februar 1916 über die Sozialversicherung ist festgestellt und Sommer 1916 erlost der untersteidliche Dienst für Kriegshilfe durch Senatsverordnung vom 12. Februar 1916 mit der Bedienung der Geschäfte des bürgerlichen Gemeindeverbands betraut, folgende

Befannfmachung.

Sozialversicherung unter den drei Untergesetzten des Reiches für Kriegshilfe und den Händlern im Verbraucher nur aufgegeben werden:

1. für die Zeit bis zum 5. April gegen Bezeichnung des Strafverteidigers und zwar nicht in größeren Mengen als 10 Pfund auf jedes Gesetz.
2. für die Zeit vom 7. April an gegen Bezeichnung der aufgegebenen Kriegshilfereiter.

Der zweite Befannfmachung ist seinem Preis hat, wie er nach seinem Rechtfertigungsbereich für 4 Tage nicht hat, darf Kriegshilfereiter nicht abfordern.

Zusammenhandlungen werden nach § 16 der oben bezeichneten Senatsverordnung mit Gehemmung bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Stadt, den 28. März 1916. (1421)

Der Justiz für Kriegshilfe.



Zentrale Lübeck.

Am 7. März, bei einer Kriegshilfereiter, der seine Dienstzeit beendet.

Kunst Schmiede.
Gute kleine Schmiede.
1417) Der Vorstand.

Deutscher Kriegshelfer-Verein
Gesamtverwaltung Lübeck.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

Antreas Mengel.
Gute kleine Schmiede:
Die Deutschen feiern am Sonnabend, 1. 30 Uhr,
50 Uhr zum 50. Jahrestag
der Deutschen, der Deutschen

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1418) Der Vorstand.

Statt besonderer Anzeige

Am Sonntag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

Mari Herrmann
aus Borgwardt
am 27. März 1916
Zweck: 43.

Die Deutschen feiern am Sonnabend, 1. 30 Uhr, 50 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

Anna.
Gute kleine Schmiede:
Die Deutschen feiern am Sonnabend, 1. 30 Uhr, 50 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

Heinrich Schmid & Fils
aus Bremen
Zweck: 2 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1419) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1420) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1421) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1422) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1423) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1424) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1425) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1426) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1427) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1428) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1429) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1430) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1431) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1432) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1433) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1434) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1435) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1436) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1437) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1438) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1439) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1440) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1441) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1442) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1443) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1444) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1445) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1446) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1447) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1448) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1449) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1450) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1451) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1452) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1453) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1454) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1455) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1456) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1457) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1458) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1459) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1460) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1461) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1462) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1463) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1464) Der Vorstand.

Am Samstag, Nachmittag um 14 Uhr zum 50. Jahrestag der Deutschen, der Deutschen

1465) Der Vorstand.

Am Samstag

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bildung einer Reichsfleischstelle.

Zur Sicherstellung des Fleischbedarfs des Heeres und der Marine sowie der Zivilbevölkerung erließ der Bundesrat in einer Sitzung vom 27. März 1916 eine bereits angekündigte Verordnung über die Fleischversorgung. Danach wird für das gesamte Reichsgebiet die Bildung einer Reichsstelle für die Versorgung mit Vieh und Fleisch (Reichsfleischstelle) vorgenommen. Sie hat die Aufbringung von Vieh und Fleisch im Reichsgebiet und deren Verteilung sowie die Verteilung des aus dem Auslande eingeführten Schlachtviehs und Fleisches zur Aufgabe und ist zu diesem Zweck mit einer Reihe von Nachbefugnissen ausgestattet. Sie bestimmt den Umfang der für Gemeinde oder Kommunalverband zugelassenden gewöhnlichen Schlachtungen und die Unterrichtung der Haus- und Schlachtungen auf den Anteil. Sie regelt den Fleisch- und Fleischwarenverband aus einem Kommunalverband in den eines anderen Bundesstaates. Den Landeszentralbehörden ist die Verpflichtung auferlegt, für die rechtzeitige und vollständige Belieferung des Bedarfes an Schlachtieren zu sorgen. Ist ein freihändiger Ankauf nicht möglich, so erfolgt die Aufbringung im Falle der Not im Zwangsweg durch die Kommunalverbände und Gemeinden. Endlich sind die Gemeinden zur Durchführung der Verbrauchsregelung von Fleisch und Fleischwaren verpflichtet. (WTB.)

Die Kriegstagung der Unternehmerverbände

beschäftigte sich mit den durch die Kriegslage den Arbeitgeberverbänden zugewiesenen Aufgaben, so insbesondere der wichtigen Frage der Arbeitsvermittlung und der Unterbringung der nach Kriegsbeendigung in die Industrie zurückkehrenden Arbeiter. In der Frage der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten stellte sich die Vereinigung erneut einmütig auf den bereits im März des vergangenen Jahres eingetragenen Standpunkt, wonach die Industrie sich zur Wiederaufnahme ihrer früheren, jetzt kriegsbeschädigten Arbeiter bereit erklärt und ihre frudige Mitarbeit an allen Werken der Kriegsbeschädigten-Fürsorge zusichert. Von den von der Geschäftsführung aufgestellten Leisungen über die Entwicklung der in der leistungsfähigen Kriegsbeschädigten und über die Arbeitsbeschaffung für diese nahm die Mitgliederversammlung zustimmend Kenntnis. Die Vereinigung umfaßt zurzeit 73 unmittelbar angeschlossene Verbände mit 2077 800 beschäftigten Arbeitern.

Die Nationalliberalen und der U-Boot-Krieg.

Die "Tägl. Rundschau" teilt mit, daß die national-liberale Fraktion dem Übereinkommen der Reichstagsfraktionen, die U-Bootfrage vorläufig nicht zu erörtern, nur unter der Bedingung zustimmt, daß ein mal die volle Beziehung der Frage im Haushaltsausschuß sichergestellt werde, was bis dahin von Regierungseite nicht zugesandt worden war und daß weiterhin die Beratung der U-Bootfrage im Ausschuß vor der sonstigen Haushalts- und Kriegsgewinnsteuerausprache erfolge. Das ist alsdann einmütig vereinbart worden. Der Haushaltsausschluß tritt heute Dienstag zusammen und wird sofort mit der Erörterung der U-Bootfrage beginnen. Der Reichskanzler wird anwesend sein, ebenso voraussichtlich der Vertreter der Marinebehörde. — Die nationalliberale Fraktion wird vertreten sein durch die Abgeordneten Bassermann, Schiffer, Strehemann.

Ein Orient-Wirtschaftsverband

ist unter dem Namen Deutscher Orient-Verband gegründet worden. An der vertraulichen Gründungsversammlung nahmen etwa 100 Vertreter von Handel, Industrie und Banken teil. Nach dem offiziösen Bericht soll der neue Verband ohne jede Zersplitterung der Kräfte in einem mächtigen Organismus eine Gesamtvertretung des deutschen Handels, der Industrie und Finanz ein praktisches Werkzeug, das in nächster, tatkräftiger Arbeit deren Ziele im Orient ver-

Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alegis (W. Häring).

29. Fortsetzung.

"Was mein Bischof doch streng gerügt hat!"
Weiß ich denn, wie man es hier betrachtet! Ich glaubte es zu wissen; aber was ich höre, macht mich irr. Wenn ich streng zu greifen sollte, warum redet man nicht deutlicher? Wo ich frage, wo ich anklappe, man zucht die Schelten man rat zu, man rat ab. Denkt Ihr, daß ich Lust habe, mir die Finger zu verbrennen? Euch, Ihr Herren, muß ich der Lauthet anklagen —"

"Hochmütigster! Welcher Prälat ist wie Ihr im geheimsten Beiträgen des Markgrafen!"

"Aber ich bin nicht täglich um ihn. An Euch hier wäre es zu arbeiten; ich sage es Euch gerade heraus, für die Kirche, für unser Heil. Es steht mir ernsthafter, viel schlimmer, als wir alle denken; klage ich mich doch selbst an, daß ich anfänglich die Sache zu leicht nahm. Wüßt Ihr denn, worauf es hinausläuft mit seiner Pronostik auf Kirchenverbesserung, mit seiner Abstellung der Nebelstände, mit seiner hundert- und tausendfachen Bedeutung, daß er die evangelische Lehre und Kirche in ihrer Reinheit will? Wer zu bessern anstrengt, findet kein Ende; denn wenn er etwas besser gemacht, bleibt immer etwas, was noch besser sein könnte; und wenn gar nichts geblichen, was war, so kann er seine Besserung wieder verbessern. Jetzt appelliert er noch nach Rom; der dumme Mensch denkt, daß der Papst auf seine Gedanken eingehen könne. War es ein feiner Mann, der Menschen und Welt kennt, so hätte es gar nichts auf sich; aber gerade von einem jüdischen Tollkopf, der mit der Stirn durch die Mauer will, ist alles zu fürchten — weil die Mauer nicht fest ist. Bersteht Ihr mich? Wenn God ihn abweist, wie er es verdient — und der Redeteer wird sich wahnsinnig nicht die Mühe nehmen, den plumpen Gelellen glimpflich zu befrieden — so ist er imstande die Autorität des Papstes anzugreifen. Er ist ihm kein heiliger Vater mehr. Ihr erschreckt; ich sage Euch, gegen die Macht der Tothheit, gegen den Wahnsinn, der sich des Sünder bewirkt, hilft kein Beten und kein Kreuz schlagen. Entmeder dreinschlagen mit Sand und Stahl, oder mit dem Strom schwimmen. Hatt Ihr Lust dazu?"

"Das erste ist gefährlich. Das Schwert der Kirche —"

"Es etwas abgespumpt, das weiß jedes Kind; aber dann muß man es schmeiden und wieder loslassen. Der Dolpel wird nicht den Papst umtreiben; aber Länder, Nationen können sich nun losreißen; es können Friedensterre als er sich den Soden befreien, ein Gegenpapst, ein Schisma in der Kirche kann entstehen. Und das wäre vielleicht noch das geringere Übel. Wenn

tritt und fördert, kurz eine einfache, direkte Interessenvertretung ohne alles dekorative Beiwerk schaffen."

Staatsberatung in Hessen.

In der Zweiten Kammer des hessischen Landtags ging am Freitag die Budgetberatung zu Ende. Folgende von allen Parteien vereinbarte Resolution wurde einstimmig angenommen: "Die Regierung wird ersucht, nach Beendigung des Krieges eine Revision des Einkommensteuergesetzes in der Richtung einer sozialen Ausgestaltung namentlich durch geistliche Ausbau des Kinderprivilegs und einer Verstärkung der Progression, zugleich unter Entlastung der unteren Einkommensklassen in die Wege zu leiten. — Die Sozialdemokratie und Fortschrittliter zogen darauf ihre Steueranträge zurück. Angenommen wurde einstimmig der Antrag des Ausschusses auf Erhöhung der Einkommensteuer um 12 % (unter Freilassung der untersten Steuerklassen von der Erhöhung und unter Erhöhung der Vermögenssteuer von 25 Pg. auf 1 Mark pro Tausend)."

Vor der Abstimmung über das Finanzgesetz erklärte der Abg. Ulrich im Namen der sozialdemokratischen Fraktion: "Nachdem wir während der Verhandlungen zu den einzelnen Kapiteln unseren Standpunkt gewahrt haben, werden wir nicht gegen das Finanzgesetz stimmen; doch geschieht dieses, weil die Regierung erklärt hat, daß die Zugehörigkeit zu unserer Partei nicht mehr als ein Grund der ungleichen Behandlung gelten soll, und zwar sowohl in der Ermäßigung als auch in anderen Fragen, insbesondere auch in der Frage der Beihilfen an Arbeiterjugend- und Turnvereine. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der theoretischen Erklärung der Regierung die praktische Durchführung folgen wird."

Im lippiischen Landtag

wurden die Steuervorlagen (Kriegssteuer, ausgestaltete Einkommensteuer, Ledigensteuer, Zusatz zur Reichserbschaftssteuer) angenommen. Die von der Regierung vorgelegte Besteuerung der Kinderlosen ist abgelehnt, die Ledigensteuer ist aber geblieben. Von den beantragten Zusätzlen zu den Realsteuern und von der Besteuerung des Kindesbetriebes wollten die Konservativen nichts wissen; diese Anträge fielen durch. Der Regierung ist ein sogenannter wirtschaftlicher Rat angegliedert, in der auch die freien Gewerke geschaffen durch ihre Kartelle vertreten entsenden. Über diese Einrichtung und die Ledigensteuer wurden nur auf Zeit bemüht. Nach dem Kriege soll alles von neuem geprüft werden.

Keine Beschränkung der Lohnzahlung an Jugendliche.

Der westfälische Provinziallandtag hat in seiner am 23. März beendeten Tagung einen Antrag abgelehnt, der den Erfolg eines Provinzialstatuts zur Beschränkung der Lohnzahlung an jugendliche Arbeiter bezwecke. Die Lohnzahlung sollte nur an die gesetzlichen Vertreter erfolgen. Der Provinziallandtag sah auch von der beantragten Einführung im Sinne einer reichsrechtlichen Regelung dieser Sache ab.

Asien.

Reich Kaiserreich China. Bei der chinesischen Gesandtschaft in Berlin ging folgendes Telegramm ein: In zwei Edikten vom 21. und 22. März erklärte der Präsident der chinesischen Republik, daß er auf die ihm am 11. Dezember angebotene Kaiserwürde endgültig verzichtet. Gleichzeitig wird das Volk aufgefordert, die Ruhe zu wahren. Hüthih-chang wurde wieder zum Ministerpräsidenten ernannt.

Zur Befreiung des Zigarettenpapiers

wird uns geschrieben: In dem Entwurf des Tabaksteuergesetzes befindet sich eine Bestimmung, die sehr ungünstig klingt und die, obwohl es sich auf den ersten Blick um ein nebenächliches Objekt handelt, Beachtung verdient. Es heißt dort nämlich, daß auf Zigarettenhüllen, die nicht zur gewöhnlichen Herstellung von Zigaretten verwendet werden, ein Steuerzuschlag von 6 Pfennig erhoben werden soll.

der Papst selbst zum Übel wird, wird mit der Tiara der Kardinalshut, das Pallium, die Bischofsmütze abgeschafft. Dahin arbeiten diese Aufwiegler. Glaubt Ihr, daß der dumme Hause nicht zuahnt, wenn ihnen geprägt wird: wozu braucht die Kirche reich zu sein? Die Domküster, die Brüder, die setten Probleme, werden sie keine Freunde finden unter den Hungriegen und nicht Hungriegen, wenn der ehrbare beschränkte Sinn des Bürgers durch die Phrase gewonnen wird, wozu hat die Geistlichkeit Schäfe nötig? War Christus nicht auch arm und wußte nicht, wohin er sein Haupt legen sollte? Die Lust schwirrt von Raubdrögen; nur ein Tas brauchen sie zu wittern und sie stürzen nieder. Wüßt Ihr, wohin der Augustiner fliekt? — Uns alle zu Mönchen zu machen. Nicht zu Prämonstratenern, Bernhardinern, nicht Cisterciensern. Auch das wäre noch zu gut. Ein großes Bettelmothsloster soll der Klerus werden; zum Beten, Fasten, Kindererziehen und Predigen. Die Demut ist christlich und gut, aber habt Ihr Lust als Führer mit dem Brocken durchs Land zu ziehen? — Was bleibt dann von der Kirche, wenn die solzen Säulen fallen, wenn der Chorrot zum Ärger ist und der Weitrauch überflüssig? Kann man das Volk durch das Wort in Zucht halten? Respekt und Autorität?

"Müssen erhalten werden," fiel der Probst ein. "Ah, mein lieuerster Herr und Gönner, Ihr sprebt von Brandenburg; wenn ich Euch erst von der Stimmung in Berlin erzählte —"

"So würdet Ihr mir nichts Neues erzählen. Berlin hat sich von je durch seine Lautheit und seinen Eigentum gegen die Kirche aufgeworfen. Das steinerne Kreuz an der Marienkirche steht umsonst als Warnungszeichen. Über das summert uns wenig; diese Reizreien hier schützen keinen Brand an. Uns lämmert nur der Hof."

"Der market, was der Kurfürst entscheidet!"

"Also — da liegt's — da müssen wir operieren — da müssen wir vor allem klar sein."

Der Probst sah sich vorichtig um, ob kein Ohr an der Schwelle lauschte. "Wir waren nicht untätig — wir waren nicht laut, aber —"

"Was! — Joachim kann nun und niemehr mehr —"

"Zuhörers Freund werden. Nein, da müßten ja die Heiligen von Stein sein, wenn sie das nicht abwehren. Aber — wie er ist — wahrhaftig, aufwändig, wenn eine Phantasie in ihm aufgeht — es hat ihn nie verwundet, daß dieser gemeine Augustinermönch sich etwas unterstanden, so plötzlich, plump, dreist, wann er seit seiner Jugend gearbeitet hat — das Gift kostet auch in seinen Adern —"

"Warum habt Ihr es nicht zum Sieben gebracht?"

"Da kam Tezel — es kam monatelang — ich will Euer Hochmutter nicht damit erwidern. Über zweitens ist es, als wäre eine innere Flamme in ihm auf, als wäre um seinen Scheitel

Es ist das aber eine Steuer, die jene Raucher trifft, die sich ihre Zigarette selbst "drehen" oder "stopfen". Sie kaufen den geöffneten Zigarettentabak, der natürlich hoch besteuert ist, und Zigarettenpapier oder fabrikmäßig hergestellte Papierhüllen. Auf diese Hüllen — Papierblättchen und Hüllen — war bisher eine Steuer von 1 Mark für 1000 Stück gelegt. Jetzt soll außer dieser Steuer der "Zuschlag" 6 Pf. betragen, also insgesamt 7 Pf.

Wer sind nun diese Raucher, die sich ihre Zigarette selbst herstellen? — Zum Teil sind es "Qualitätsraucher", die die "selbstgemachte" Zigarette vorziehen, weil sie dann genau wissen, was sie rauchen, um den Tabak auszuwählen, vielleicht auch verschiedene Tabaksorten mischen, um Zigaretten nach eigenem Geschmack und nicht die Fabrikware zu haben. Die Zahl dieser Feinmacher dürfte nicht ganz groß sein. Außerdem aber „drehen“ man sich jene Zigarette überall dort, wo das Zigarettenrauchen seit langer Zeit eingebürgert ist, im Orient, in Russland, in Österreich, in den romanischen Ländern. In Deutschland, wo die Zigarette erst in den letzten zwanzig Jahren neben der Zigarre aufkommt, ist dieser Brauch weniger allgemein. In den polnischen Provinzen, in den an Österreich grenzenden Gebieten, in Elsaß-Völklingen ist jedoch verbreiter und erhält sich aus ganz guten Gründen, wobei eben die selbstgemachte Zigarette erheblich billiger ist, als die fertig gelaufte. Bei dieser muß ja der Raucher die "Aufmachung" und die Reklame- und sonstigen Kosten der Zigarettenfabrikanten mit bezahlen.

Wie weit diese "selbstgemachten" Zigaretten im Gebrauch sind, darüber gibt die Steuerstatistik einige Aufschluß: die Bandestaben auf Zigaretten brachte 1912 rund 40 Millionen Mark ein, die Steuer auf Zigarettentabak rund 489 000 Pf., die Steuer auf Zigarettenhüllen 281 500 Pf. Da die Steuer auf 1000 Hüllen 1 Pf. beträgt, so wurden also 281 Millionen Zigarettenhüllen (Papierblättchen oder fertige Hüllen) verbraucht. Da es aber in der Haupthälfte dieser unbenannten Raucher sind, um die es sich dabei handelt, geht daraus hervor, daß sie billigen Tabak rauchen. Die 489 000 Pf. aus der Zigarettentabaksteuer wurden ausgebracht aus rund 165 000 Pf. für Tabak in der Preislage unter 5 Pf. für das Kilogramm, was schon ein ganz minderwertiges Kraut ist, 129 500 Pf. für Tabak in der Preislage von 5 bis 10 Pf. 121 600 Mark in der Preislage von 10 bis 20 Pf. und nur 72 900 Pf. für die teuren Tabaksorten.

Diese unbenannten Raucher will man also ganz horrend befallen.

Besonders ist zu beachten: das Produkt selbst, um das es sich handelt, die Blättchen Zigarettenpapier haben einen ganz minimalen Wert, 1000 Blättchen Zigarettenpapier kosteten früher, als sie nicht befreit waren, etwa 10 bis 20 Pf. im Kleiderlauf, 1000 fertige, fabrikmäßig hergestellte Hüllen kosten 1 Mark. Bei diesem geringen Wert soll die Steuer 7 Pf. ausmachen. Ein schreckliches Maßverhältnis.

Nun hat man aber mit der Bandestabensteuer auf Hüllen eine eigentlich Erfahrung gemacht. Sie wurde 1906 eingeführt und betrug damals 2 Pf. pro Tausend; 1909 wurde sie ermäßigt auf 1 Pf. pro Tausend. Sie brachte 1907 rund 235 000 Pf. ein, 1908 rund 205 000, 1909 rund 224 000 Pf.; nach der Ermäßigung 1910 rund 272 500, 1911 rund 296 000 und 1912 rund 281 500 Pf. Die Ermäßigung des Steuerzuschlags um die Hälfte brachte also keinen Aufschluß, sondern eine Erhöhung der Einnahme. Die Erhöhung ist sehr einfach: man kann sich die Zigarette mit beliebigem Papier, etwa Seidenpapier drehen, für Not nimmt der leidenschaftliche Raucher sogar einen feinen Zeitungspapier, was natürlich kein Genuss sein soll; als man also die Steuer gar zu hoch ansieht, haben offenbar die Raucher untersteuertes Papier verwendet; als man die Steuer ermäßigte, haben sie davon abgelassen. Es ist daher vorzusehen, daß, wenn die jetzt vorgeschlagene horrende Steuer von 7 Pf. wirklich eingeführt wird, der Absatz von versteuerten Zigarettenhüllen ganz gewiß abnehmen wird und der finanzielle Zweck, Erhöhung der Einnahme, illusorisch wird.

Aber der Gebrauch von beliebigem Papier ist schwer mit hygienischen Nachteil verbunden. Das gute Zigarettenpapier wird aus ausgesuchtem Rohmaterial hergestellt, verbrennt fast ohne Asche, dagegen enthält gewöhnliches Seidenpapier, von anderem ganz zu schwärzen, Chlor und andere nicht gerade zulässige Stoffe, die der Raucher einatmet. Die hohe Steuer würde also ein Attentat auf die Lungen der unbenannten Zigarettenraucher sein und sollte schon deshalb verworfen werden.

Die Kartoffelmisere.

In vorigen Jahren sind bekanntlich, nachdem erst monatelang einzige Kartoffelnappheit bestanden und die Preise in die Höhe

gestiegen waren — natürlich aus der Hölle — daß er die Dinge anders betrachtet. Ich beobachtete ein eigenes Tunen um seine Lippen, und ein halb trauriger, halb erträglicher Seitenblick, wie Ihr ihn kennt, flog auf die Hörer, als sie eines Tages sich eine herablassende Auflösung gegen den Wittenberger erlauben zu dürfen glaubten. Ja, mit was's, als hörte ich die Worte: das Mögliche hat mehr Mut als alle, die es fressen möchten."

Der Bischof, der, den Kopf immer mehr vorneigend, zugehört, preßte die offenen Hände in triumphaler Bewegung: "Das ist schlimm!"

"Es war vielleicht nur eine Wallung." Sie kann wiederkehren. Bei Joachim kann ja geächtet werden, höchst gefährlich, wenn er sich in einen Gedanken versetzt. Jetzt, Probst, müssen wir alles wagen. Bedenkt wohl, was es gilt; wenn wir uns das lebendig ins Gedächtnis rufen, die ganzen unerträlichen Folgen, die Verantwortung, die wir auf uns laden, so muss es unsere ganze Kraft ausspielen. Genglich, Rücksichten müssen nun meiden. Um den schwankenden Altar, die heilige Kirche zu halten, um die bedrohte, heilige Ordnung, wird es Pflicht, zu Mitteln zu greifen, die man vielleicht im gewöhnlichen Leben verschmäht."

Sie waren beide aufgestanden.

"Auf dieses Wort," sagte der Probst, "habe ich nur gewartet und meines Bischofs Wort ist für mich Befehl. Bis jetzt äugte ich unsere Prediger — man konnte doch nicht wissen. Nunmehr soll es von allen Kanzeln zu洞nen anfangen."

"Anglischer Gewalt!" — der Bischof machte eine Bewegung, als wollte er dem Probst den Mund verschließen. Das gerade hieß Stroh ins Feuer werfen. Sie fangen es ungezügelt an. Was wissen die Prediger, wie weit sie gehen dürfen, was sie übergehen, was sie verschweigen müssen. Er würde in dem Strom gerissen, aus dem wir ihn retten wollen. Heilige Jungfrau, er, der Fürst, er, Joachim, hat er sich denn schon ausgeschwiegen! Wenn die Priester ihm vorgespielt, fährt er zurück; er gerät in Harnisch, sein Stolz, sein Wissen ist verloren. Er muß den Anfang machen, wir folgen nur."

"Wie?" — Mein Gott, wie viel Jahre sind Ihr am Höhe, und hätten gekratzt, was es heißt, die Gefahrheit ergehen! Spiegelnd sah er den Jungen schlagen, dafür sorgen, daß er im Zander fällt. Dann neuen brennbaren Stoff, Pulver bereit gehalten, hineingeworfen, aber geschickt, gelegentlich, durch konzentrierte Bewergerungen. Einiger Widerstand, wenn das Geschoss erhalten sollte. Aber ja nicht ein Gespräch angestellt verfolgt, daß man nicht die Abicht merke. Hat es gefündet, so fällt man seine Phantasie erden. Ihr habt dann nur zu eurem kleinen Spieler."

getrieben waren, mehr Kartoffeln aus dem Markt erschienen als man brauchte, und sehr große Quantitäten sind verdorben. In diesem Jahre scheint sich das Spiel zu wiederholen. Die „Tägliche Rundschau“ berichtet unter der Überschrift: „Uebliche Ent-
sprechungen“:

„Als in den letzten Wochen von Landwirken in der Provinz Brandenburg eine größere Anzahl von Kartoffelmietern geöffnet wurde, stellte es sich heraus, daß die Fäulnis bedenkliche Fortschritte gemacht hatte. Nicht selten waren bis zu 30 v. H. der eingemieteten Kartoffeln verfault und völlig unbrauchbar geworden. Daß solches im Zeichen einer dauernden Kartoffelknappheit geschehen konnte, wird in großstädtischen Kreisen nicht mit Unrecht als ein Hohn auf unsere gesetzliche Regelung der Nahrungsmitteleversorgung angesehen werden. Bei dem vorwiegend milden Winterwetter hatte es sich wohl ermöglichen lassen, die Kartoffelmieten schon früher zu öffnen und ihren Inhalt zu prüfen. Diese Vorsicht war um so dringender geboten, als das Entwetter im vorigen Herbst der Kartoffel durchaus nicht günstig war und die Fäulnisgefahr zu beschleunigen schien. Auch hat es nicht an Mahnungen gefehlt, die bei feuchter Witterung geernteten Kartoffeln wegen verringerter Haltbarkeit möglichst bald dem Verbrauch zuzuführen. Und jetzt diese betrübende Enttäuschung! In normalen Jahren wird damit gerechnet, daß etwa 5–6 v. H. der Kartoffelernte durch Frost oder Fäulnis unbrauchbar werden. Diese Durchschnittsziffer wird im laufenden Jahre zweifellos stark überschritten werden, wenngleich wir nicht annehmen, daß die erschreckend hohe Ziffer von 30 v. H. erreicht werden wird. Denn man muß berücksichtigen, daß der Verbrauch sowohl zu Ernährungs- als auch industriellen Zwecken — Brennereien, Kartoffelfabrikationsanstalten — im 5- bis 6monatigen Zeitraum bereits bedeutende Mengen der Knollenfrucht beansprucht hat. Leider dies dürfen auch nicht die von einigen märkischen Großgrundbesitzern gesammelten Erfahrungen schließen auf die Verminderung der Kartoffelbestände im ganzen Reiche zulassen. Sie legen über die Mählung nahe, unverzüglich die Kartoffelmieten zu öffnen und zu retten, was gerettet werden kann, selbst auf die Gefahr hin, daß die jetzigen Kartoffelhöchstpreise nicht vollkommen behauptet werden können. Im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse ist es jetzt dringend geboten, zunächst große Mengen Kartoffeln an den Markt zu bringen und die städtische Bevölkerung in den Stand zu setzen, ihren Bedarf für die nächsten Monate möglichst schon jetzt zu decken, und dem wohlverstandenen landwirtschaftlichen Selbstinteresse entspricht es, so bald wie möglich alle nicht für den eigenen Wirtschaftsbedarf benötigten Mengen zu verkaufen, denn die Fäulnis- und auch Keimungsgefahr wird bei der anhaltend geltenden Witterung von Tag zu Tag bedrohlicher und stellt bedenkliche Opfer in Aussicht. Die Spuren des Vorjahres sollten doch lüften! Damals wurden die Hoffnungen auf den Gehaltspreis für den Berliner grünen zersetzt, teils weil die Kartoffelbestandsaufnahme vom 15. März 1915 ein ungünstiges, trügerisches Bild von dem wirklichen Bestande der Kartoffelanzüchtung gesiezt hatte, teils aber auch, weil die Landwirte nicht in der Lage waren, den Entwicklungstrieben der Natur während des Frühjahrs Einhalt zu gebieten. Wenn nicht alles täuscht, werden auch in diesem Kriegsjahre bald große Mengen Kartoffeln an den Markt gebracht werden müssen und zwar mit dem Erfolge, daß die Höchstpreise Einbrechen erfahren. Und die Landwirte werden sicherlich vergnügt darüber klagen, daß die Zurückhaltung des Angebots nicht nur beträchtliche Opfer infolge Verderbens erfordert, sondern auch die auf die Preisgestaltung gelessten Hoffnungen nicht erfüllt hat. Dein alle Schuld steht nun auf Erden!“

Wiederholungen des Schlagwortes der Krieg und gegen den Unterordnungswillen des Sozialstaates.

Sofort eine Gällung über meine fernste Begründung zum
Rechtseckensatz abgelehnt. Dessen ist darum zu tun, dass es
im Interesse der Wahrheit liegt, wenigstens nur einige Tage dieje-

வினாக்களை, விடுதலை

zur Verantwortung der leidenden Gemeinschaft mit dem Menschen, das ist ein Zusammensetzen des Leidenden. Darauf kann ich

Die freie und öffentliche Sitzung der **Deutschen Sozietät** zu Berlin am 25. März 1912.
Von diesem Vorzeuge erfreut wir die Freude an der
Eigentümlichkeit zwecklos. Da eine sehr große Zahl
von Bürgern nicht weiß bereits zur Sitzung darüber erfuhr,
daher warum ich vor der jetzt hergehenden Sitzung des **Sozietäts**
seine Zeit niedergelassen habe, habe ich mich gefügt ge-
sehen, dieses Schreiben und durch die Freie Bekanntzugeben.
Berlin, 25. März 1912.

卷之三

Goldene Worte.

in der Stadt von Berlin,

deren ersten Schritte, bestimmen, daß es sich im
Sachverstande handelt, die die Zeit nach der Tötung des Kindes
als verstrichen, mit einer gewissen Sicherheit verleiht.
Der Tod ist es nun einzige, aber die Kenntnisse bezüglich des
geringen Sachverständigen sind noch für die Zukunft ... Die
Kenntnisse müssen weiteren Sammeln zu einem kleinen Ge-
danken, daß es der wahrscheinlichste Verlust der
Vorwürfung der Tötung des Kindes, die Sicherheit, dass George
nicht das Kind getötet hat, geworden ist. In der Tat kann

Die Geschichtsbücher nach dem Ende der 26. Oktobe

Der jenseitige Stein, der eine Wiedergabe der Kreislinie ist, steht auf einer Höhe von 150 Fuß unter Wasser, bis zu 450 Fuß Tiefe reicht die Felsenbank. Der Felsen ist ein verwitterter und rauer Stein, besitzt zahlreiche Löcher und eine Rauigkeit, welche es für uns möglich macht, den einen Stein vom anderen zu unterscheiden. Die größten Steine sind 2, 3 und 4 Fuß lang, die kleinsten 1 Fuß. Das ist unerwartet großes Material. Es wird nun benötigt, das Material einzeln als einzelne Gesteinsstücke, die nach der Zahlung der Kartoffelfelds bestimmt werden, einzuteilen. Es werden von diesen Stein nicht mehr gebraucht, da sie den

Weiter schreibt Dr. Heim, daß die Kartoffelpreise sehr hoch stehen, daß jede Zurückhaltung mit der Absicht, höhere Preise zu erzielen als „Sündhaft“ wäre, reichlich werden müsse. Da sei es kein Wunder, wenn das schlieflich die Enteignung der Kartoffeln oder weit schärfere Maßnahmen in Aussicht stellt. Wegen Habjucht und der Unersättlichkeit eines Teiles deruern käme es noch so weit, daß die Armen dieser Elente öffentlich befanngt wacht werden. Daim mahnt denn die bauerschen Mitglieder seiner Organisation eindringlich, sich nicht der himmelschreienden Sünd Buchers schuldig zu machen.

Die amerikanischen Hekpatrioten bei den Preisen

gründlichst getönscht, denn Herrn Steinberg kam es nur darauf an, das Lehrgeld einzuheimsen. War das geschehen, so war auch sein Interesse an den Schülerinnen vorbei. Vernichtetend waren für Steinberg die Beziehungen der beiden vernommenen Sachverständigen. Sie stellten fest, daß es unmöglich sei, Leute, die so kurze Zeit wie bei Steinberg ausgebildet sind, zu beschäftigen. Steinberg habe systematisch die Arbeiten der Armen ausgeschlagen, er sei als ein Vampyr der Arbeiterrinnen zu bezeichnen, und es sei dringend geboten, diesem Herrn das Handwerk zu legen. Nach seinen eigenen Behauptungen habe er vor dem Kriege 800 Lehrlinge im Jahre gehabt, und diese völlig unzureichend ausgebildeten Berthonen seien dann auf die Branche losgelassen worden. Die Zusicherung, jemand in so kurzer Zeit zur perfekten Krawattennäherin auszubilden, sei geradezu ein Hohn. Das Versprechen von Arbeit sei eine bewußte Unwahrheit; in der Branche könnte niemand beschäftigt werden, der bei Steinberg gelernt hatte. Der Geschäftshof verurteilte im Anschluß an die Ausführungen des Anwalts Steinberg zu zwei Jahren Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Frau Steinberg zu drei Monaten Gefängnis.

m Jahre 1914 zu
beläuft sich auf

Vorjahr, es ist also eine nicht unerhebliche Abnahme zu verzeichnen. Darunter waren 9401 Unfälle mit tödlichem Ausgang und 793 Unfälle mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit. Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenden Entschädigungsberechtigten, die im Jahre 1914 die erste Rente erhalten haben, beträgt 18 958 gegen 20 608 im Jahre 1913. Darunter befinden sich 6104 Witwen, 12 473 Kinder und Enkel und 376 Verwandte in aufsteigender Linie. Die Anzahl aller im Jahre 1914 überhaupt gemeldeten Unfälle beträgt 7 049 73 gegen 789 373 im Jahre 1913. Diese Riesenzahlen beziehen sich auf 117 Berufsgenossenschaften, 191 staatliche Ausführungsbehörden und 372 Ausführungsbehörden von Gemeinden und Gemeindeverbänden, zusammen 563 Ausführungsbehörden. In Renten wurden gezahlt 177 788 763,53 Mark gegen 175,3 Millionen Mark im Jahre 1913. Die Gesamtausgaben der 117 Berufsgenossenschaften belaufen sich auf 205 480 380 Mark, denen als Einnahmen 200 233 924 Mark gegenüberstehen. Unter den Ausgaben befinden sich 852 072 Mark für die Kosten des Rechtsganges, 2½ Millionen Mark für die Unfallverhütung, 18,3 Mill. Mark für laufende Verwaltungskosten, 2,3 Mill. Mark für die besondere Verwaltung und 7,4 Mill. Mark an Zuschlägen und Ergänzungen für die Rücklagen. Der Vermögensbestand der Berufsgenossenschaften belief sich am Schlus des Jahres 1914 auf 580 023 898 Mark; er weist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von fast 4 Millionen Mark auf.

Aus Nah und Fern.

Eineutes Verbot der „Kölnerischen Volkszeitung“. Der Gouverneur der Festung Köln hat der „Kölnerischen Volkszeitung“, wie schon in der vorigen Woche, wieder die Ausgabe dreier Nummern verboten. Die Ursache dieser Maßregel ist der Abdruck eines Berichts über den Vortrag, den kürzlich Graf Zeppelin in Berlin gehalten hat.

Zur Lebensmittelsteuerung. Damit der Kreisfeuerwehr keine

Ernte des Jahres 1915. Neue
Frühgemüse 1916.

Unterkunft von Kriegerfrauen. Nach Mitteilungen in der Presse ist es gelegentlich vorgekommen, daß Vermieter sich weigerten, an Kriegerfrauen Wohnungen zu vermieten. Angeblüht begründeten sie ihr bedauerliches Verhalten mit „Scherereien“, die die Vermietung an Kriegerfrauen für sie im Falle eines Krieges gefährlich machen würden.

der preußische Minister des Innern bemerkt hierzu in
einem Schreiben an die Regierungspräsidenten: „Vorlommisse dieser
Art, die geeignet sind, wenn sie in den Schüttengräben bekannt
werden, die Kampfesfreudigkeit der Truppen auf das schwerste
zu beeinträchtigen, müssen unter allen Umständen vermieden wer-
den. Wenn ich auch nicht glaube annehmen zu sollen, daß die
Gaubesitzer ein derartiges Verhalten mit der Art, wie die Liege-
ungsverbände die ihnen obliegende Sorge für die Unterkunft der
Kriegerfrauen ausüben, rechtfertigen oder auch nur antiföderale

zugegriffen ausüben, lehnen müssen oder auch nur entgegulogen können, so möchte ich doch den Hinweis nicht unterschlagen, daß die Lieferungsverbände bei allen ihren Maßnahmen die gebührende Rücksicht auch auf die Vermieter nehmen müssen, daß insbesondere das gebotene Bestreben, ungehörigen Mietsteigerungen zu begegnen, nicht zu einer Beeinträchtigung berechtigter Interessen der Hausbesitzer führen darf. Im allgemeinen wird es dem Be- sitzniß der Mieter und Vermieter am besten entsprechen, wenn sie von den Lieferungsverbänden gewährten Mietzuschüsse unmittelbar an die Vermieter gezahlt werden, und diesen dadurch er höhere und pünktliche Eingang dieses Beitrages gewährleisten wird. Dabei sei — um Missverständnissen zu begegnen — noch als hervorgehoben, daß die Unterstützung von Mietunterstützungen auf die Mindestsätze der Familienunterstützung einzustufig ist.“

imes“ aus Melbourne, daß das Schiff „Aurora“ der Scheele-Expedition auf dem Wege nach Port Chalmers (Neuseeland) ist. Es dürfte Anfang April dort eintreffen. — Reuter meldet noch: Der Funfsipper der „Aurora“ befagt, ein starker Orkan rüttelte am 6. Mai 1915 das Schiff von seinem Steuer, während der Kapitän Macintosh und neun andere unverletzt waren. Die „Aurora“ wurde dann von Eisbergen eingeklemmt, das schwer auf das Schiff drückte, sodass der Schiffskörper zusammengepresst wurde und Steuer und Achter verloren gingen. Die „Aurora“ trieb so 1200 Meilen und wurde erst am 2. März 1916 wieder vom Eise befreit.

... und das ist die Ehe. Durch Vertrag
oder Heirat bestimmt, dass der Ehemann

berüchtigten Gewalttagen berichtet. Zu verfaßten Inter-
spauset erheimarbeiterischen Schenkenden
auf mit einer nationalen Gewalttagen und einer 30 Mar-
ztagen und den zahlreichen Gräben und Wänden im Gau,
die gewaltige und leuchtende Weite in einer bis jetzt keiner
englischen Unterstadt noch gleich Städten des Kreuzfahr-
tenlandes gewußt, dafür 20 Markt jahrlang mührten
zu empfangen, daß sie von dem Hingerichtpark hier Lebend-
heit erhalten würden. Sie wurden in den

Die *Welt* *während*

Die Schrift
der Freiheit

Seiter Expedition. Vögeleinsfittai

Kontrolliertes Webdesign: 3.

**Verantwortlichkeiten: Johannes Stelling
Führer: Th. Schwarz. Direkt: Friedr. Meyer & Co.
Gesellschaft in Bremen.**

—
—
—